Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 83 (2008)
Heft: 10

Artikel: Kalter Wind aus Russland
Autor: Farwick, Dieter
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-717699

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Kalter Wind aus Russland

Als ich im Mai 2008 in meinem Artikel «Russland unter Präsident Medwedjew oder Putin – Wandel durch Verflechtung?» diese Frage des deutschen Aussenministers Frank-Walter Steinmeier verneint habe, wurde ich von deutschen «Russlandverstehern» und «Russlandverzeihern» reflexartig in die Schublade der «Ewiggestrigen» und der «Kalten Krieger» gesteckt.

BRIGADIER DIETER FARWICK, SIGMARINGEN

Für den deutschen Aussenminister Frank-Walter Steinmeier heisst die Antwort – auch nach den Vorfällen in und um Georgien – unverändert «Ja». Er spricht weiterhin von «Annäherung durch Verflechtung», «Modernisierungspartnerschaft» und «Verflechtung der Zivilgesellschaften». Er vertritt damit die deutsche Mehrheitsmeinung – wie etliche Umfragen in deutschen Medien zeigen.

Das ist das Ergebnis einer jahrelangen «Umerziehung», die vom vorherigen Bundeskanzler Gerhard Schröder gezielt betrieben worden ist. Seine Qualifizierung von Wladimir Putin als «lupenreiner Demokrat» treibt ihm auch heute nicht die Schamesröte ins Gesicht.

In seinem jüngsten Interview bezeichnet er den georgischen Präsidenten Saakaschwili als «Hasardeur» und spricht von «schweren Fehlern des Westens». An anderer Stelle sagt er: «Es gibt im Westen eine Wahrnehmung von Russland, die mit der Realität nur bedingt zu tun hat.» Zu einer Fortsetzung einer Politik der «strategischen Partnerschaft» meint er: «Ich sehe nicht, dass man dieses Konzept wegen Georgien in Frage stellen sollte».

In seiner Forderung «Russland nicht zu isolieren» sieht der deutsche Aussenminister eine Handlungsanweisung für sich und die deutsche Regierung. Er spricht viel von Dialog und Vermittlung. Eine Vermittlerrolle setzt Neutralität voraus.

Europa neutral zwischen Amerika und Russland? Heisst das Äquidistanz? Aufkündigung der transatlantischen Partnerschaft, die auf gemeinsamen Grundwerten und gemeinsamen Interessen ruht – oder ruhte?

Wahlkampf

Diese Position des deutschen Aussenministers ist schon stark auf die Bundestagswahl im September 2009 ausgerichtet, bei der er vielleicht gegen Frau Merkel antritt.

Abzug russischer Truppen aus Südossetien (am 24. August 2008).

Da können die «Linksparteien» wieder die bewährte Masche fahren: Das «kriegslüsterne Amerika» gegen den «friedliebenden strategischen Partner Russland – unseren Nachbarn». Da die deutsche Position in dieser Frage Auswirkungen auf Europa und die Weltpolitik hat, lohnt es sich, die Sonde etwas tiefer anzusetzen.

Tschechien und Polen

Spätestens seit der Rede des damaligen Präsidenten Wladimir Putin bei der Sicherheitskonferenz im Februar 2007 in München war klar, dass Russland sich nach innen und aussen als wiedererstarkte Macht zeigen wollte. Putin hat mit einem russischen «roll back» gedroht. Er hat sich für eine Politik der Konfrontation entschieden.

Dazu gehörte, Tschechien und Polen in die Zielplanung russischer Nuklearwaffen aufzunehmen, den KSE – Vertrag einseitig zu suspendieren und die Flüge von Langstreckenbombern bis an die Grenzen von NATO-Staaten wiederaufzunehmen.

In München und später haben russische Spitzenpolitiker vor der Aufnahme Georgiens und der Ukraine in das Programm der NATO zur Vorbereitung der NATO-Mitgliedstaaten gewarnt und Gegenmassnahmen angekündigt.

Diese Drohung der Energiesupermacht hat entscheidend dazu beigetragen, dass – auch auf Betreiben Deutschlands – Georgien und die Ukraine auf dem NATO-Gipfel in Bukarest nicht in das Aufnahmeverfahren (MAP) aufgenommen wurden.

Für Hans Rühle, einem der besten sicherheitspolitischen Experten in Deutschland, ist die deutsche Russlandpolitik gescheitert: In seinem Essay «Irrwege nach Moskau» schreibt er: „Nach dem Einmarsch russischer Truppen und den verbalen Begleittexten aus Moskau ist das Projekt einer gegenseitigen Verflechtung erst einmal gescheitert.»

Georgisches Raketenfeuer auf Südossetien (am 8. August 2008).

Man kann auch noch die völkerrechtswidrige Anerkennung der Unabhängigkeit der georgischen Provinzen Süd-Ossetien und Abchasien durch den russischen Präsidenten Dimitrij Medwedjew anführen.

Die vitalen Interessen

Die Politik in Russland geht nicht vom Volke aus. Sie wird im Kreml und im Weissen Haus entworfen und durchgesetzt unter dem Etikett «Diktatur der Gesetze» (Putin) oder «Herrschaft der Gesetze» (Medwedjew). Die vitalen Interessen der russischen Führung sind nicht an den Toren des Kremls angeschlagen, sie sind jedoch zu erkennen.

An erster Stelle steht die Wiederherstellung eines Weltmachtstatus in Augenhöhe mit den USA. Die USA sind der entscheidende Massstab für die russische Politik. Dies hat Präsident Medwedjew in seiner Fernsehansprache am 31.8.2008 – gezielt einen Tag vor dem EU-Gipfel – wieder sehr deutlich gesagt. Er will die von den USA dominierte «unipolare» Weltordnung zugunsten eines ebenbürtigen Russlands verändern. Asien und Europa spielen für ihn in einer niedrigeren Liga.

Es ist der nostalgische Blick auf die ehemalige Sowjetunion, deren Auflösung der ehemalige Präsident Putin wiederholt als die «grösste Katastrophe des 20. Jahrhunderts» bezeichnet hat. Dem Ziel «Weltmachtstatus in Augenhöhe mit den USA» sind alle anderen vitalen Interessen untergeordnet:

- «Power projection» in das «nahe Ausland» – vornehmlich in die ehemaligen Sowjetrepubliken – Europa, Afrika und Asien
- Politische Nutzung des Status: «Energieweltmacht»
- Erhalten der nationalen Sicherheit und Stabilität
- Stärkung des «Systems» – abgestützt auf die «Silowiki», die loyalen Diener der Herren, und die «Machtvertikale» – vom Kreml bis nach Wladiwostok
- Eindämmen des Islamismus in den südlichen Regionen
- Ausnutzen des Status «Vetomacht» im UN-Sicherheitsrat
- Eindämmen des Einflusses der drei Mächte USA, China und Indien und Verhinderung von deren Kooperation
- Bekämpfen des Terrorismus im Lande und im Ausland
- Stärkung des Militärs
- Verhindern jeder Schwächung durch «Demokratisierung» – wie z.B. freie Presse, freie Wahlen und Gewaltenteilung
- Verstärken der ausländischen Direktinvestitionen in Russland und der russischen Investoren im Ausland
- Bekämpfen der weiteren NATO-Erweiterung in Richtung Russland
- Bekämpfen des Baus von Teilen eines amerikanischen Raketenabwehrsystems in Polen und der Tschechischen Republik
- Verhindern eines starken, einigen Europas mit einer abgestimmten Energiestrategie
- Entfremden der USA von ihren europäischen NATO-Partnern
- Stärken der russischen Position in der «Shanghai Cooperation Organisation»
- Abmildern der negativen Folgen der demographischen Entwicklung
- Verbesserung des Umweltschutzes

Politik der Durchsetzung

Die russische Politik muss die Voraussetzungen für das Durchsetzen der vitalen Interessen schaffen – im In– und Ausland. Dies geschieht in der Diktatur Russland durch die «vertikale Macht» und die «Diktatur/Herrschaft der Gesetze.» Die Unterdrückung der freien Presse spielt eine wichtige Rolle.

20 bislang unaufgeklärte Morde an Journalisten unter der Präsidentschaft Pu-

tins sprechen eine deutliche Sprache. In seinem Buch «Der neue Kalte Krieg» kommt der hochgeschätzte britische Russlandkenner Edward Lucas zu der Feststellung: «Russland kehrt zu einem Verhalten zurück, das man in der sowjetischen Ära erlebt hat.»

Hohe Einnahmen aus dem Energieexport ermöglichen dem Kreml eine Politik, die bestehende soziale, ethnische und religiöse Spannungen mildern kann. Allerdings stimmen Beobachter darin überein, dass ein zu geringer Teil der Einnahmen in die Zukunft investiert wird.

Zwei grosse Probleme kommen auf Russland zu: demographische Entwicklung und Umweltverschmutzung. Die russische Bevölkerung nimmt dramatisch ab. Weite Teile Sibiriens sind bereits von Russen entvölkert, sie haben Hunderttausenden chinesischen Einwanderern Platz gemacht.

Die Russen leben länger – die Frauen mehr als die Männer. Sie belasten spärlich bestückte Pensionskassen und das bereits heute marode Gesundheitswesen. Die Umweltverschmutzung ist bereits heute ein grosses Problem, sie wird unausweichlich zunehmen. Die ethnisch-religiösen Spannungen – vornehmlich im Süden – werden brutal unterdrückt.

Die Summe dieser Probleme schürt die Furcht der russischen Führung vor der Farbe «Orange». Die Entwicklung in der Ukraine ist das Warnzeichen an der Wand. Mit dem momentanen Reichtum hat es Putin geschafft, der Bevölkerung den Stolz auf das eigene Land zurückzugeben und patriotische – oder nationalistische? – Einstellungen zu fördern.

Dieser Kitt hält die russische Gesellschaft noch zusammen, trotz der gewaltigen sozialen Unterschiede zwischen den wenigen «Neureichen» und der überwiegenden Zahl der Einkommensschwachen und der bitter armen Rentner und Pensionäre.

Zu Hilfe kommt der Führung die «Apathie der Bevölkerung», die von Anna Politkowskaja («Russisches Tagebuch») und Elena Tregubowa («Die Mutanten des Kreml») kritisiert wird – wie auch die fehlende Unterstützung der Opposition durch den Westen. Der Blick in die innere Lage der russischen Gesellschaft erklärt auch Medwedjews und Putins Politik der Stärke gegenüber dem Westen.

Die militärische Aufrüstung findet hier ihre Begründung. Der Bevölkerung soll gezeigt werden, dass die Zeiten vorbei sind , in denen Russland vom Westen «herumgeschubst» wurde. Ein Vorwurf gegenüber Gorbatschow und Jelzin, denen ein Ausverkauf russischer Interessen vorgeworfen wird. Allerdings birgt die ambitionierte Politik die Gefahr des «imperial overstretch».

Mit abnehmenden Ressourcen wird sich Russland mittelfristig mit dieser Politik überfordern. Russland kann den Kampf um den Weltmachtstatus in Augenhöhe mit den USA nicht gewinnen.

Was bedeutet Georgien?

Der georgische Präsident sah sich offensichtlich durch Provokationen von russisch gesteuerten Kräften und die massenhafte Vergabe russischer Pässe an seine Landsleute in den beiden Provinzen unter Druck gesetzt und ist in eine gut vorbereitete russische Falle gerannt.

Für die Annahme einer russischen Falle spricht die Tatsache, dass russische

Streitkräfte nach einem Manöver in Nord-Ossetien verblieben waren. Wofür ? Russland hätte andere – legale – Möglichkeiten gehabt, wenn es gewollt hätte. Zunächst hätte es die UN um Hilfe zum Schutz russischer Staatsbürger in Süd-Ossetien bitten können. Die UN hätten die in Georgien eingesetzten UN-Beobachter verstärken oder eine UN-Schutztruppe aufstellen können.

Eine weitere Möglichkeit wäre gewesen, Polizeikräfte nach Süd-Ossetien zu bringen – zum Schutz bedrohter Russen. Selbst der Einmarsch begrenzter russischer Streitkräfte zum Schutz russischer Bürger in Süd-Ossetien wäre hingenommen worden. Diese Optionen hat Russland bewusst nicht gewählt.

Geschehen ist eine militärische Invasion über Süd-Ossetien und Abchasien, das selbst von Georgien nicht angegriffen war, in das «Kernland Georgien» mit der Tötung von unbeteiligten Zivilisten und grossen Verwüstungen der georgischen Infrastruktur. Auch nach dem Waffenstillstand hat Russland Vereinbarungen nicht eingehalten. Die politische Spitze war die völkerrechtswidrige Anerkennung der Unabhängigkeit von den georgischen Provinzen Süd-Ossetien und Abchasien.

Präsident Saakaschwili mit übergewichtigen Leibwächtern.

Mit seinen Aktionen mag Russland einen taktischen Erfolg erzielt haben, aber keinen strategischen. Es hat gegen eigene vitale Interessen verstossen. Russland hat seinem Ruf geschadet. Medwedjew und Putin haben sich als Machtpolitiker gezeigt, für die das Völkerrecht keine Bedeutung hat.